

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 50 (1970-1971)
Heft: 4: Presse in der Krise? : ein internationaler Querschnitt

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VERLUSTE DER LINKEN IN ENGLAND UND DER BUNDESREPUBLIK

Es hat in den letzten Monaten einige politische Beobachter gegeben, die das Heraufkommen eines sozialdemokratischen Europa prophezeiten. Anlaß dazu war der «Machtwechsel» in Bonn im vergangenen Herbst, der erstmals seit vierzig Jahren einen Vertreter der SPD an die Spitze der deutschen Regierung brachte. Gleichzeitig gelang es in Schweden den Sozialdemokraten – im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen – ihre Position zu behaupten. Im März dieses Jahres schließlich errangen die Sozialisten in Österreich einen Wahlsieg, der ihnen die Bildung eines Minderheitskabinetts erlaubte. Der Trend nach links, auch wenn die Voraussetzungen in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich waren, blieb unverkennbar.

Wilson's überraschende Niederlage

Diese Bewegung der kontinuierlichen Wahlerfolge (zumindest der Zunahme des Stimmenanteils) ist nun jäh gestoppt worden, und zwar an einem Ort, wo es am wenigsten erwartet worden war, in *Grossbritannien*. Als Premierminister Harold Wilson im Mai die Auflösung des Unterhauses bekanntgab und dessen Neubestellung auf den 18. Juni festsetzte – den Tag der Schlacht von Waterloo –, herrschte fast einhellig die Überzeugung, der Regierungschef werde aus diesem Kräfterennen wie einst Wellington siegreich hervorgehen. Die *Prognosen* lauteten samt und sonders günstig. Das Labourkabinett hatte in den vergangenen Monaten eine Politik der vorsichtigen Zurückhaltung betrieben. Weder innen- noch aussenpolitisch war es zu ent-

scheidenden Kraftproben gekommen. Die Wählerschaft hatte das honoriert, indem sie in den Nachwahlen, die in England bester Test für die Popularität einer Regierung sind, den Vertretern der Arbeiterpartei erneut das Vertrauen schenkte. Das Tief, in das Wilson in den Jahren 1967 und 1968 geraten war, schien überwunden. Auch die Meinungsforschungsinstitute bestätigten diesen Trend; die Voraussagen lauteten praktisch übereinstimmend auf einen Erfolg Labours und eine weitere komfortable Mehrheit für Wilson im Westminster.

Um so stärker war der *Schock*, den das Ergebnis der Wahl auslöste. Schon die ersten Resultate liessen einen grossen Vorsprung der Konservativen erkennen. Wenn sich auch die Prognosen der anfänglichen Hochrechnungen nicht bestätigten, die auf einen konservativen Vorsprung von 70 bis 80 Unterhausmandaten hindeuteten, so erreichten die Tories mit einem Plus von 40 Sitzen doch einen Erfolg, der ihnen eine sichere Basis für die Regierungsbildung verschafft. Wilson hat am Tag nach der Wahl seine Demission eingereicht; Grossbritanniens neuer Premier heisst *Edward Heath*.

Die Gründe für den Umschwung sind auf den ersten Blick nur schwer zu erkennen. Der Wahlkampf war mit geradezu erstaunlichem Phlegma geführt worden. Zu eigentlichen scharfen Kontroversen zwischen Regierung und Opposition war es fast nirgends gekommen; Siegesgewissheit auf der einen und Resignation auf der andern Seite hatten die Kampagne weitgehend gekennzeichnet. Aber auch die

Programme, die Labour und die Konservativen den Wählern vorgelegt hatten, waren kaum dazu angetan, die Leidenschaften in Wallung zu bringen – das klassische Bild einer Wahl zwischen Kartoffeln und Erdäpfeln.

Wenn der britische Stimmbürger nun nach fast sechsjähriger Labourherrschaft mehrheitlich den Tories seine Stimme gab, so hat er offensichtlich nicht ein Verdikt über eine wenig erfolgreiche Politik gefällt und ein Votum für die Alternative ausgesprochen. Die Wählerschaft folgte einfach der Tradition, nicht zu lange das gleiche Team am Ruder zu lassen. Mit einem Wahlsieg hätte Wilson einen *doppelten Rekord* erzielt: er wäre der erste Premier gewesen, der dreimal hintereinander eine Mehrheit auf sich vereinigt hätte, er wäre aber auch – sofern er die gesamte Legislatur bis 1974 oder 1975 durchgestanden hätte – der Regierungschef mit der längsten ununterbrochenen Amtsdauer dieses Jahrhunderts geworden... Alle diese mehr formalen Motive mögen nicht allein ausschlaggebend gewesen sein. Die geringe Differenzierung der Programme von Labourpartei und Konservativen deutet jedoch darauf hin, dass es dem Stimmbürger primär um einen *Wechsel* der Führungsspitze ging, dass man neue Gesichter wünschte, nachdem die Arbeiterpartei in den letzten Jahren die für eine lange Regierungszeit typischen Abnützungserscheinungen gezeigt hatte.

Landtagswahlen als Test der Bonner Politik

Schärferes politisches Profil hatten die am 14. Juni in den drei deutschen Bundesländern *Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen* und *Saarland* durchgeführten Wahlen der einzelnen Landtage. Regierung wie Opposition in Bonn hatten in den Wochen zuvor diesen Urnengang, an dem 43 Prozent der Stimmbürger der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen, zu einem Pro oder Kontra der Innen- und Aussenpolitik der seit Herbst 1969 in Bonn amtierenden SPD/FDP-Koalition «umfunktioniert». Das

Urteil der Wählerschaft ist deutlich ausgefallen. Es lautete geradezu vernichtend für die *Freien Demokraten*, die wegen ihres *Zickzack-Kurses* der stärksten Pression ausgesetzt waren. In Niedersachsen und an der Saar hat die FDP die Fünf-Prozent-Hürde nicht zu nehmen vermocht und ist aus den Landesparlamenten ausgeschieden. In Nordrhein-Westfalen hingegen, dem eigentlichen Schicksalsland dieses Wahlsonntages, sind die Freien Demokraten noch einmal knapp davongekommen und haben ihren Bestand retten können. Aber auch hier ist er stark zusammengeschrumpft, und die FDP ist mit ihren 5,3 Prozent auf dem politischen Existenzminimum angelangt.

Aber auch die *Sozialdemokraten* haben Verluste erlitten. In Nordrhein-Westfalen fielen sie wieder auf den zweiten Platz zurück, im Saarland stagnierten sie, und lediglich in Niedersachsen vermochten sie Fortschritte zu erzielen und erreichten im Landtag sogar eine knappe Mehrheit.

Sieger dieser Wahlen blieb eindeutig die *Christlich-Demokratische Union*, die überall ihre Position verstärkte. Sie wurde in Nordrhein-Westfalen erneut zur grössten Partei, errang im Saarland die absolute Majorität und rangiert im Parlament von Hannover mit nur einem Mandat weniger knapp hinter der SPD. Wenn die Wahl ein Prüfstein für die Bundespolitik war, so kann die Bonner Koalition jedenfalls daraus nicht ein Votum für ihren bisherigen Kurs ableiten.

Rückwirkungen auf die SPD/FDP-Koalition?

Primäre Auswirkung der Landtagswahlen sind zunächst die neu aufgebrochenen innerparteilichen Auseinandersetzungen in der FDP. Der *rechte Flügel* der Partei, welcher der Koalition mit den Sozialdemokraten ohnehin nur zähneknirschend zustimmte, greift die Führung um Scheel und Genscher, welche die FDP nach links manövriert hat, vehement an. Aber auch die schärfsten Kritiker der «apertura a sinistra» können nicht darüber hinwegse-

hen, dass sie der Partei nicht am laufenden Band *Wechselbäder* verschiedenartigster politischer Allianzen zumuten können, wollen sie nicht das Risiko eingehen, dass die FDP beim Wähler schliesslich auch noch das letzte Vertrauenskapital verspielt. Das *Dilemma*, in das die Partei, die jahrelang zwischen den beiden Grossen die «dritte Kraft» zu spielen gesucht hat, heute durch eigene Fehler geraten ist, scheint nicht lösbar. Die *Polarisierung*, der Trend zum Zweiparteiensystem, hat weitere Fortschritte gemacht und droht, die FDP als politischen Faktor auszuschalten.

Gleichgültig wie diese Entwicklung weitergehen mag, für die Regierung Brandt/Scheel haben die Wahlen in den drei Bundesländern jedoch erneut drastisch gezeigt, wie *schmal die Basis* ihrer Koalition ist. Auf so unsicherer Grundlage eine so kühne und das Land auf lange Sicht hinaus verpflichtende Politik zu treiben, wie das das Kabinett Brandt in den letzten Monaten – vor allem in den Beziehungen zum Osten – getan hat, birgt zweifellos *schwere Gefahren* in sich. In diesem Sinn bedeuten die deutschen Landtagswahlen vom 14. Juni doch einen Fingerzeig für die Bundespolitik.

Konservative Jugend

Noch ein weiterer Aspekt dieser Wahlen – wie übrigens auch der britischen – erscheint bedeutsam. Erstmals waren hier auch die

Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren wahlberechtigt. Wer in den letzten Jahren den Protest der jungen Generation und ihr Sturm auf das «Establishment» miterlebt hatte, mochte sich leicht der Überzeugung hingeben, dass diese Jugend auch an den Urnen mit dem Wahlzettel demonstrieren werde. Nichts davon ist eingetreten. In Grossbritannien wie in Deutschland sind bei den Wahlen die einem konservativen Kurs verpflichteten Parteien siegreich hervorgegangen. An die *Extremisten* auf beiden Seiten wurden eindeutige *Absagen* erteilt. Aber auch jene Parteien, die einen vielen Forderungen der manifestierenden Jugend entgegenkommenden «progressiven» Kurs zu steuern suchen, haben damit bei der Generation der Jungen nicht das Echo gefunden, das sie sich möglicherweise erhofft haben. Hat die Jugend Wahlabstinenz geübt? Oder ist sie, ungeachtet einer lauten und lärmigen Minderheit, in ihrer überwiegenden Mehrzahl ebenso konservativ und auf die Erhaltung des Überlieferten bedacht wie die «skeptische Jugend» der vorangegangenen Generation? Die Fragen lassen sich im Augenblick noch nicht eindeutig beantworten. Die Wahlen in Grossbritannien wie in Deutschland deuten jedoch darauf hin, dass die Revolution der Jugend auch heute noch weit davon entfernt ist, ihre Stosskraft auch in politische Erfolge ummünzen zu können, die sich in Zahlen und Prozentsätzen ausdrücken lassen.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Nach innen konzentriert

Es besteht hier nicht die Absicht, die Flut von Analysen unmittelbar nach dem Volksentscheid vom 7. Juni noch durch eine weitere, zeitlich etwas distanzierte Auslotung des Abstimmungsergebnisses zu vermehren. Ohne systematische Untersuchungen

besteht ohnehin wenig Aussicht, den recht wirren Problemknäuel rund um die «Schwarzenbach-Initiative» zuverlässig aufzulösen. Zwei Bemerkungen aber erscheinen doch als angebracht.

Die eine betrifft unsere Einstellung zur Umwelt. Als sich im Vorfeld der Abstimmung immer häufiger ausländische Journa-

listen und Radio- oder Fernsehreporter einfanden, um das «Phänomen Schwarzenbach» an Ort und Stelle zu ergründen, wurde dies in der breiteren Öffentlichkeit überhaupt nicht registriert. Als dann nach dem Abstimmungstag ausländische Blätter von internationalem Ruf den schweizerischen Volksentscheid auf der ersten Seite brachten, löste dies in weiten Kreisen überraschtes Staunen und Verwunderung aus.

Das ist bezeichnend für unsere politische Optik. Wir sind so sehr auf unsere Probleme konzentriert, dass wir nur selten auf die Idee kommen, uns um die Resonanz im Ausland zu kümmern. Das ist zwar im allgemeinen kein Unglück. Gerade im vorliegenden Falle aber hätte es nichts geschadet, wenn sich der Bürger etwas eingehender mit der Frage beschäftigt hätte, wie sich denn die Fremdenfeindlichkeit der Überfremdungsinitiative mit dem «Image» der humanitären Schweiz vertrage. In Tat und Wahrheit war es so, dass das gegnerische Propagandakomitee nur sehr verschämt an diese Seite der Sache erinnerte – im klaren Bewusstsein der Erfahrung, dass der Schweizer meist erst recht bockbeinig wird, wenn man ihm mit dem «Ruf im Ausland» kommt. Im Hinblick auf die fortschreitende internationale Verflechtung wäre es indessen ganz und gar kein Luxus, hier allmählich etwas umzudenken. Trotz all den vielfältigen Varianten des «Sonderfalles Schweiz» politisieren wir weniger denn je gewissermassen unter der Glasglocke. Wir müssen uns darauf einstellen, in manchen Fällen von der ausländischen Öffentlichkeit nicht weniger genau unter die Lupe genommen zu werden, als wir dies unsererseits mit unseren nähern und weitem Nachbarn des Auslands zu tun pflegen.

Ein Volksentscheid «nach Mass»

Die zweite Bemerkung betrifft die These von der «Staatskrise», die nach dem 7. Juni in zahlreichen Kommentaren in Presse und Massenmedien anklang. Gewiss ist die «Initiative Schwarzenbach» zu ei-

nem «Aufhänger» für verschiedenste Unlustgefühle geworden. Dabei mag neben dem Protest gegen eine allzu large Fremdarbeiterpolitik und dem Unbehagen gegenüber einem allzu unkontrollierten Wirtschaftswachstum auch manche Enttäuschung über den oft etwas schwerfälligen Gang unserer Staatsgeschäfte ihren Niederschlag gefunden haben.

Indessen ist es ganz einfach falsch, aus einer Volksabstimmung eine «Vertrauenskrise» abzuleiten. Die Tatsache, dass in einer so emotionalen Sachfrage ein so hoher Prozentsatz der Stimmbürger den Parteien und Verbänden die Gefolgschaft verweigerte und das Parlament «desavouierte», sagt im Grunde wenig über die allgemeine Einstellung zum «Establishment» aus. Hätten Referendum und Initiative lediglich den Sinn, dem Volk vermehrt Gelegenheit zu Treuekundgebungen gegenüber Regierung, Parlament und Parteien oder Verbänden zu geben, so wäre dies ein allzu grosser Aufwand für eine im Grunde überflüssige staatspolitische Funktion.

Die Volksrechte sind nichts mehr und nichts weniger als zusätzliche Möglichkeiten zu politischen Korrekturen durch die Bürgerschaft selbst. Zwar wäre es schlecht bestellt um das «Establishment», wenn es ein Stimmenverhältnis wie das vom 7. Juni nicht als gravierendes Indiz für Strömungen in der öffentlichen Meinung werten und gewichten würde. Parlamentarier und Regierungsvertreter wären aber andererseits auch schlechte Demokraten, wenn sie solche Entscheide nicht als das hinnehmen würden, was sie sind: Gelegenheiten für das Volk, eine klar artikulierte andere Meinung zu haben.

In diesem begrenzten Rahmen allerdings war die Abstimmung vom 7. Juni eine Art von wohldosiertem Menetekel, ein Volksentscheid «nach Mass». Immer wieder war vor dem Stichtag die Ansicht zu vernehmen, dass die Initiative zwar selbstverständlich verworfen werden sollte, dass aber gewissermassen der Warnfinger erhoben und eine demonstrativ grosse Zahl von Jastimmen abgegeben werden sollte. Angesichts der unerschweligen Strö-

mungen verschiedenster Art, die der «Initiative Schwarzenbach» Befürworter aus verschiedensten Kreisen zutrieben, war dies zwar eine recht zweischneidige Hypothese. Doch ist die Operation schliesslich gelungen. Man geht dabei kaum fehl in der Annahme, dass recht viele Jastimmer nicht übel erschrocken wären, wenn tatsächlich eine zustimmende Mehrheit zustande gekommen wäre.

Freundeidgenössisches Schwarzpeter-Spiel

Parlamentarier und Regierung sind gegenwärtig auch sonst recht stark unter Beschuss. Neben der Fremdarbeiterfrage sind es vor allem die Konjunktur- und Finanzpolitik, die viel Zündstoff liefern. Dabei dreht sich letzten Endes alles um den einen grundsätzlichen Punkt: Wie weit sind Parlament und Regierung handlungsfähig? Man könnte auch die zweite Frage hinzufügen: Wie weit *will* das Schweizervolk eine handlungsfähige Regierung?

Da in unserer Konkordanzdemokratie Taktik von jeher gross geschrieben worden ist, lassen sich unsere Politiker dabei nicht einfach in den Prüfstand stellen, um dort ergeben auf das Verdikt der öffentlichen Meinung zu warten. Sie spielen im Gegenteil tüchtig mit. In beiden angeführten Sachgeschäften hat sich demzufolge eine Art Schwarzpeter-Spiel entwickelt, wobei vorläufig nicht klar abzuschätzen ist, bei wem er am Ende hängen bleibt. Unseren politischen Spielregeln gemäss sollte es eigentlich auch hierin auf eine Kompromisslösung hinauslaufen ...

Besonders deutlich trat dieses Spiel beim Exportdepot in Erscheinung, bei jenem Teil des konjunkturpolitischen Programms also, das nicht in der alleinigen Kompetenz des Bundesrates liegt, sondern vom Parlament gebilligt werden muss. Das Seilziehen um diese Massnahme – die wie jeder derartige Eingriff von den mutmasslich Betroffenen mit schärfsten Protesten quittiert worden ist – braucht hier nicht nochmals im einzelnen geschildert zu werden. Der Ball wurde bekanntlich gekonnt

zwischen Regierung und Parlament, und hier wiederum zwischen den beiden Kammern, hin und her gespielt, bis so ziemlich allseitig das Gefühl bestand, das Gesicht gewahrt zu haben: Der Bundesrat hatte zunächst versucht, die Verantwortlichkeit des Parlaments klar zu dokumentieren. Das Parlament aber liess sich den Schwarzen Peter nicht anhängen, sondern wickelte die Entscheidung aus mit der Begründung, die Vorlage sei zu wenig ausgereift. Da es seinerseits unter schärfsten Druck von «interessierter Seite» geriet, liess es sich darüber hinaus auch für die nächste Runde etwas einfallen. Die «bereinigte» Vorlage wurde nämlich in der Sommersession noch weiter entschärft, indem die Dringlichkeit herausoperiert wurde.

Es wird sich weisen, ob diese taktische «Vielsatz-Rechnung» letzten Endes wirklich aufgeht. Zwar konnten tatsächlich alle Beteiligten das Gesicht wahren: Der Bundesrat *hat* seine Vorlage, wenn auch deutlich entschärft; das Parlament *hat* sein wenn auch fadenscheiniges Alibi, in der Konjunkturpolitik nicht gänzlich passiv gewesen zu sein; und die Wirtschaft *hat* die Genugtuung, in Bern ausreichend Gehör zu finden, wenn Not am Mann ist. Ob das taktische Manöver wirklich erfolgreich gewesen ist, hängt aber nicht zuletzt vom weiteren Verlauf der Teuerung ab. Sollten sich hier die pessimistischen Prognosen bewahrheiten, dann wird auch das mühsam zusammengebastelte Alibi die Regierungsparteien nicht vor einer Welle der Kritik abschirmen können, die im bevorstehenden Wahljahr 1971 zu ungelegenster Zeit über sie hereinbrechen dürfte.

Kampf um einen Anachronismus?

Das Seilziehen um die neue Finanzordnung verlief etwas weniger spektakulär, weil es sich im Windschatten der Fremdarbeiterfrage und der Konjunkturpolitik bewegte. Auch schien sich das Parlament darüber Rechenschaft zu geben, dass man den Bundesrat – insbesondere wenn dieser so populär ist wie Nello Celio – nicht unablässig «im Regen» stehen lassen dürfe.

Das soeben erfolgte Einschwenken des Ständerates im Differenzenbereinigungsverfahren dürfte ausserdem nicht ganz unbeeinflusst gewesen sein von der Abstimmung am 7. Juni.

Hier also kam die Vorlage des Bundesrates verhältnismässig ungerupft durch. Doch wird man auch hier des Entscheides nicht recht froh; denn am Horizont zeichnet sich ein Referendumskampf ab, den die Vorlage kaum überstehen dürfte. Dabei scheint es auf den ersten Blick, dass der Stein des Anstosses, die Ausmerzung der Maximalsätze aus der Verfassung, im Grunde sehr viel kleiner sei, als der Lärm darum herum vermuten lässt. In der Tat stellt die Verankerung von Steuersätzen in der Verfassung ein anachronistisches Unikum dar, das auf der Welt einzig dasteht.

Indessen ist es hier so gegangen, wie es in der Politik des öftern geschieht: Die Frage der Maximalsätze ist zum strategischen Punkt in der politischen Landschaft geworden, an dem verschiedene Konzepte und Tendenzen aufeinanderprallen, die mit der Frage selbst teils nur indirekt zu tun haben. Die Maximalsätze sind zu einem Symbol für sparsames Haushalten, für föderalistische Finanzstrukturen – die direkten Steuern den Kantonen! –, für Zügelung des Bundes und insbesondere des Parlaments im Finanzgebaren geworden. So steht zu befürchten, dass es zu einem harten

Kampfe kommt. Ob dieser von der jungen Generation noch ganz begriffen und als Notwendigkeit anerkannt wird, steht allerdings auf einem andern Blatt.

Parlamentarische Selbstkritik

All diese Vorgänge scheinen zumindest das eine Gute für sich zu haben: Die Bereitschaft zur Selbstkritik nimmt auch im Parlament zu. Als Beispiel dafür sei eine Motion von Nationalrat Binder erwähnt, die vom Bundesrat in der Sommersession als Postulat entgegengenommen worden ist und die auf eine Reform des Wahlsystems abzielt. Der Motionär, selbst ein Anhänger des reinen Majorzsystems, tritt für ein gemischtes Wahlverfahren ein, das politisch realisierbar sein und zu einer stärkeren Persönlichkeitsbezogenheit der Wahlen führen sollte. Die Begründung des Vorstosses gipfelte in der ungeschminkten Feststellung, dass in unserem Parlament die «Hinterbänkler», das Mittelmass, zu sehr überwiegen und dass es daher nötig sei, das Ausleseverfahren zu ändern.

Die Chancen dieses Vorstosses stehen vorläufig sicherlich noch nicht allzu rosig. Es ist indessen schon ein Fortschritt, dass über solche Fragen, die lange Zeit Tabus darstellten, überhaupt in verbindlichem Rahmen diskutiert wird.

Spectator

MILITÄRISCHE UMSCHAU

Schwierige Flugzeug-Beschaffung

Im Vordergrund der schweizerischen Rüstungsprobleme steht zur Zeit die Flugzeug-Beschaffung. Unsere Luftwaffe nähert sich einer Krisensituation. Die «Venom»-Flugzeuge haben eine technische Altersgrenze erreicht, die eine Frontverwendung bald nicht mehr erlaubt. Den Kern unserer Luftflotte bilden deshalb die «Hunter» und die «Mirages», beides sehr leistungs-

fähige Flugzeuge. Es ist vor allem erfreulich, dass anlässlich der Verabschiedung des letzten bundesrätlichen Berichtes über die Beschaffung der «Mirage-III» das eidgenössische Parlament den «ausgezeichneten Kampfwert» dieses Flugzeuges zur Kenntnis nehmen konnte. Entgegen vielfachen Unkenrufen ist die hohe Tauglichkeit des «Mirage»-Systems erwiesen.

Mit der Verabschiedung des letzten «Mirage»-Berichtes ging parlamentarisch

eine Rüstungsangelegenheit zu Ende, die jahrelang innenpolitischen Zündstoff lieferte. Der Ballast dieser Angelegenheit ist aber noch nicht völlig abgetragen. Im Zusammenhang mit der «Mirage»-Affäre sind im berechtigten Bestreben, ähnliche Kreditüberschreitungen zu verhindern, verwaltungs- und rüstungsmässige Hypothesen angesammelt worden, die unsere derzeitige Flugzeug-Beschaffung erheblich belasten. Es wurden Massnahmen veranlasst, die sich sowohl rüstungstechnisch wie finanziell als Hemmschuhe erweisen. Die unerfreulichste Konsequenz liegt darin, dass jede Instanz, die sich mit der Flugzeug-Beschaffung befassen muss, zum augenfälligen Bestreben neigt, sich gegen jedes Risiko mehrfach abzusichern. Die Angst, nochmals in eine «Mirage»-Situation abzugleiten, drückt auf jede Entscheidung unserer Flugzeugerneuerung. Und gerade diese Entscheidung erfordert Mut und Entschlusskraft. Wer die gegenwärtige Abklärung dieses komplexesten Problems unserer Rüstungsbemühungen unvoreingenommen beurteilt, muss insbesondere mit Bedenken erkennen, dass die seinerzeitige innenpolitische Erregung über die «Mirage»-Affäre eine unerfreuliche Kompetenzverwischung bewirkte. Es erfolgen zur Zeit Prüfungen und Interventionen von Gremien, die zwar vom besten Willen beeeelt sind, des fachlichen Verständnisses aber weitgehend ermangeln. Wir sollten auch als schweizerische Demokraten ehrlich genug sein, um zuzugestehen, dass es eines umfassendsten Studiums in technischer, militärischer, industrieller und finanzieller Hinsicht bedarf, um sachkundig und verantwortlich einen Entscheid über die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges fällen zu können.

Letzten Endes bleibt allerdings die Erneuerung unserer Flugwaffe doch eine politische Angelegenheit. Das eidgenössische Parlament hat die Kredite zu bewilligen. In der parlamentarischen Beratung werden vor allem die finanziellen, die psychologischen und die politischen Rücksichten und Erwägungen zur Geltung gelangen. Es läge im Interesse unserer Flugwaffe, wenn dabei

eine wichtige Erfahrung der «Mirage»-Beschaffung unvergessen bliebe: die *Bedeutung der Zahl* der neuen Flugzeugserie. Heute dürfte feststehen, dass eine höhere Zahl als 57 «Mirage»-Flugzeuge die bessere militärische und auch finanziell eine zweckmässigere Lösung gewesen wäre. Was damals galt, gilt auch für die Zukunft. Eine kleine Serie eines Flugzeuges ergibt nicht nur militärisch eine ungenügende Einsatzleistung, sie bietet auch hinsichtlich der Infrastruktur erhebliche Nachteile. Wir stehen heute vor demselben Dilemma wie anfangs der sechziger Jahre: Unsere Flugwaffe soll und darf zahlenmässig nicht unter ein bestimmtes Niveau sinken. Gleichzeitig muss das zu beschaffende Flugzeug technische Leistungen aufweisen, die der Einsatzdoktrin gerecht werden. Laut den Erklärungen des Vorstehers des Eidgenössischen Militärdepartements an der Generalversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft Ende Mai hält die höchste militärische Instanz, die Kommission für militärische Landesverteidigung, an der bisherigen Konzeption fest, so dass die technischen Anforderungen an das zu beschaffende Flugzeug bekannt sein sollten. Die Gruppe für Rüstungsdienste hat dem EMD den amerikanischen «Corsair» als geeignetstes Kampfflugzeug vorgeschlagen.

Gegen diesen Vorschlag opponieren parlamentarische Kreise mit der Begründung, der «Corsair» sei für unsere Bedürfnisse ungeeignet und überdies zu teuer. Es wird die schwierige Aufgabe des Bundesrates sein, in dieser problemreichen Angelegenheit einen Entscheid zu fällen, der auch die Opposition zu überzeugen vermag. Es ist zu hoffen, dass im Hinblick auf die Notwendigkeit einer möglichst hohen Zahl an Flugzeugen nicht einfach das billigste gewählt wird. Die technische Leistungsfähigkeit sollte die entscheidende Voraussetzung bleiben.

Wie steht es mit den finanziellen Möglichkeiten? In das Finanzprogramm des Bundes wurden für die Flugzeug-Erneuerung 1,3 Milliarden Franken eingesetzt. Für diese Summe lassen sich im heutigen Zeitpunkt offensichtlich nicht genügend

moderne Flugzeuge beschaffen, die unserer Armee die erforderliche Luftunterstützung verleihen könnten. Es ist dringend zu wünschen, dass aufgrund sachverständiger Vorentscheidungen das Parlament jene Kredite bewilligt, die unserer Flugwaffe einen erfolversprechenden Einsatz ermöglichen.

Das Parlament sollte bei seinem Entscheid vor allem berücksichtigen, dass im Laufe der letzten Jahre der Anteil der Wehrkredite an den Bundesaussgaben ständig zurückgegangen ist. Würde das Militärbudget entsprechend der Steigerung der übrigen Bundesaufwendungen erhöht, stünden dem Eidgenössischen Militärdepartement einige hundert Millionen Franken mehr zur Verfügung, als im Voranschlag und im Finanzplan vorgesehen sind. Die Forderung nach Erhöhung der Wehrausgaben ist nicht populär. Wer eine kriegstaugliche Landesverteidigung befürwortet, wird diese Forderung trotzdem stellen müssen.

Leistungsfähiger Nachrichtendienst

Dem hochinteressanten Bericht von Professor Bonjour über die Neutralitätspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges ist unter anderem zu entnehmen, dass unser Nachrichtendienst vor und zu Beginn des Krieges mit äusserst knappen finanziellen und personellen Mitteln dotiert war und dementsprechend nur bescheidene Leistungen zu erbringen vermochte. Der Bericht weist nach, dass im Laufe der Kriegsjahre der Nachrichtendienst zu einem höchst aktiven und erfolgreichen Instrument ausgebaut werden konnte. In den Nachkriegsjahren blieb auch dieses militärische Instrument nicht vom Abbau verschont. Es ist kein Geheimnis, dass die Mittel, die unserem Nachrichtendienst zur Verfügung stehen, im Vergleich zum Bedürfnis recht mager sind. Ein zuverlässiger, gut funktionierender Nachrichtendienst bleibt aber eine der wesentlichen Voraussetzungen für politische und militärische Bereitschaft. Zwei Beispiele der jüngsten

Zeit belegen diese Notwendigkeit mit letzter Deutlichkeit.

Im Jahre 1967 hat der israelische Nachrichtendienst durch weitgehende Abklärung der militärischen Bereitschaft und Einsatzvorbereitungen der kriegslüsternden arabischen Nachbarn den eindeutigen Überraschungserfolg des Sechstages-Krieges ermöglicht. Im August 1968 war in der Tschechoslowakei dem sowjetrussischen Überfall ein sofortiger Erfolg beschieden, weil der tschechische Nachrichtendienst teilweise ungenügend funktionierte und dort, wo er Nachrichten beschaffte, unberücksichtigt blieb.

Im Zeitalter der Raketen und hochmobilen konventionellen Streitkräfte ist die rasche Beschaffung seriöser Nachrichten zur militärischen Lebensnotwendigkeit geworden. Ein Land kann sich vor überraschender Invasion nur schützen, wenn es die Bereitstellungen und Aufmärsche eines möglichen Gegners erkennt. Unsere schweizerische Landesverteidigung basiert im Ernstfall auf einer *frühzeitigen Mobilmachung*. Diese ist nur gewährleistet, wenn wir über möglichst klare Nachrichten aus dem Ausland verfügen. Unser Mobilmachungssystem ist vorbildlich. Es erfüllt seinen Zweck jedoch nur, wenn diejenigen, die über die Mobilmachung zu entscheiden haben, rechtzeitig über mögliche Bedrohungen orientiert werden können. Ein leistungsfähiger Nachrichtendienst bleibt ein Pfeiler unserer Landesverteidigung.

Angriff gegen die Armee

Linksextreme Kreise haben die Absicht, eine Initiative auf *Abschaffung der Armee* zu starten. Es gab schon früher derartige armeefeindliche Bestrebungen. Sie sind bisher immer kläglich gescheitert. Trotzdem darf man den neuen Anlauf nicht unterschätzen. Die Bereitschaft, Pflichten und Opfer im Interesse der Allgemeinheit auf sich zu nehmen, ist auch in unserer Volke stark geschwunden. Man stellt Forderung über Forderung an den Staat, aber

man will ihm möglichst wenig dienen. Dieser Minimalismus gilt mehr und mehr auch gegenüber der Armee.

Eine Bagatellisierung der linksextremen Initiatividee wäre deshalb verfehlt. Wir zweifeln nicht an der vernünftigen und verantwortungsbewussten Einstellung der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes. Aber bei Gleichgültigkeit einer gutgläubigen und gutmeinenden Mehrheit profitiert immer die Minderheit der Fanatiker. Die Antwort auf einen Anschlag gegen unsere

Armee muss von Anfang an unmissverständlich sein. Das Ausland muss erkennen, dass unser Volk sich der Verantwortung der bewaffneten Neutralität bewusst ist und bewusst bleibt. Wer auf die Abschaffung der Armee abzielt, muss als Gegner unserer Unabhängigkeit gelten.

Kompromissbereitschaft in dieser Frage bedeutet Verzicht auf Wachsamkeit und Zugeständnis an landesschädigende Zielsetzungen.

Praetor

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Verabschiedung des Exportdepots durch die eidgenössischen Räte

Nachdem die eidgenössischen Räte in der Frühjahrssession die Vorlage des Exportdepots an den Bundesrat zurückgewiesen hatten, musste nun die neue, revidierte Vorlage in der Sommersession behandelt werden. Der Ständerat hatte dieses Geschäft zuerst zu erledigen. In den vorbereitenden Kommissionen war eine knappe Mehrheit für die Vorlage zustande gekommen; es war deshalb anzunehmen, dass das Exportdepot nunmehr durch das eidgenössische Parlament gutgeheissen werde. Das war denn schliesslich auch der Fall, wobei die Vorlage allerdings eine weitere, nicht unwesentliche *Modifikation* über sich ergehen lassen musste, nämlich die *Herausnahme der Dringlichkeitsklausel*. Damit muss nun, bevor es in Kraft gesetzt werden könnte, eine Referendumsfrist von drei Monaten abgewartet werden; es könnte also, wenn überhaupt, frühestens Ende September wirksam werden. Es ist nicht anzunehmen, dass gegen diese Vorlage das Referendum ergriffen wird.

Und eine weitere Modifikation verdient in diesem Zusammenhang ins Licht gestellt zu werden, die vielleicht nicht besonders aufregend ist, aber für die Konjunkturpolitik in unserem Lande doch ganz allgemein

Symbolwert für sich beanspruchen kann. Nationalrat *Max Weber* (soz., Bern) beantragte dem Nationalrat, zu bestimmen, dass der Bundesrat auf die Erhebung des Exportdepots schon vor Ende 1972 verzichten kann, «wenn es die konjunkturelle Entwicklung gestattet». Der Bundesrat konsultiert eine aus Vertretern beider Räte zusammengesetzte *Kommission*, die Experten beiziehen kann. Der Rat hiess diesen Antrag mit 89 zu 14 Stimmen gut. Der Bundesrat hat also ein «Konsultativorgan» zur Seite gestellt erhalten.

Es wäre wohl vermessen, die Konjunkturdebatte in den eidgenössischen Räten, die sich an der Vorlage des Exportdepots kristallisierte, als eine gelungene Übung zu bezeichnen. Der Bundesrat hat zwar nun ein Exportdepot, aber er muss es vorläufig unter Verschluss halten, obwohl sich die Boomsituation in unserem Lande weiter aufbaut und bereits auch schon den Lebenskostenindex erfasst hat. Trotzdem hat das Parlament dem Bundesrat die unmittelbare Handlungsfähigkeit verweigert – und dies wohl in der Absicht, den Einsatz dieses Instrumentes in der gegenwärtigen Konjunkturphase überhaupt zu verhindern. Denn, würde es im Herbst eingesetzt, so könnte mit einiger Sicherheit vorausgesagt werden, dass seine Wirkung zu spät käme.

Es ist kein Geheimnis, dass dies auch der Auffassung von Bundesrat Celio entspricht. Er musste in die Aufhebung der Dringlichkeit einwilligen, um die Vorlage nicht völlig zu gefährden; aber er tat dies in der Einsicht, das Exportdepot im gegenwärtigen Konjunkturzyklus kaum mehr verwenden zu können, dafür aber dieses Mittel für eine neue, ähnliche Situation zur Verfügung zu haben. Dies ist zweifellos ein Gesichtspunkt, der Beachtung verdient, obwohl natürlich zu befürchten ist, dass dann die Befristung der Vorlage längst abgelaufen sein wird. Es ist im Blick auf diese Situation deshalb kaum in Abrede zu stellen, dass mit dem Seilziehen um die Vorlage in erster Linie *politische Akzente* gesetzt werden sollten.

Bundesrat Celio hatte in den Debatten der eidgenössischen Räte keinen leichten Stand, weil sich die Argumentationen immer wieder vom reinen Sachbezug, der dieser Vorlage von allem Anfang an zugrunde lag, entfernten und weil zahlreiche Votanten reine Interessenstandpunkte in die Diskussion warfen. Die Auseinandersetzung brachte aber in einigen Kreisen immerhin auch eine Besinnung auf das *Grundsätzliche*, die im Nationalrat die Form eines Postulates annahm. Nationalrat Kohler (fr., Bern) reichte folgendes Postulat ein, das vom Rat erheblich erklärt wurde:

«Der Bundesrat wird ersucht, den Erlass neuer Konjunkturmassnahmen zu prüfen. Diese sollen im Sinne einer Globalsteuerung die Übernachfrage insbesondere im Investitionsbereich bekämpfen und die sozialen Inflationsschäden mildern.»

Wird sich an das Trauerspiel um das Exportdepot eine grundsätzliche Konjunkturdiskussion anschliessen? Das wäre zweifellos zu wünschen, obwohl die bisherigen Erfahrungen kaum dafür sprechen, dass unser Land sehr rasch in den Besitz eines einigermassen wirksamen und kohärenten konjunkturpolitischen Instrumentariums kommen könnte.

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, dass *Botschafter Stopper*, Präsident

des Direktoriums der Nationalbank, in seinem letzten Bericht an den Bankrat festhielt, dass die Anstrengungen zur Bekämpfung der Inflation in vielen Ländern abgeschwächt sei und sich praktisch ausschliesslich auf den Einsatz von monetären Massnahmen beschränke. Das trifft natürlich auch für unser Land zu. Die Wirtschaft unseres Landes – so Stopper – steht weiter im Sog einer *Expansion*. Die hohe Exportnachfrage werde ergänzt durch steigende Ansprüche an die Binnenwirtschaft, was vor allem für den Investitions- und Bau-sektor zutreffe. Grosshandelspreise, Baukosten und Liegenschaftenpreise haben bereits deutlich reagiert.

Der *Kreditzuwachs der Banken* hat sich nach den Ausführungen Stoppers während der ersten acht Monate seit dem Inkrafttreten der zwischen der Nationalbank und der Schweizerischen Bankiervereinigung vereinbarten Zuwachsbegrenzung im Rahmen der zulässigen Quote gehalten. Einzelne Kreditinstitute, die im vergangenen Jahr eine besonders kräftige Expansion der erteilten Kreditzusagen zu verzeichnen hatten, werden aber nach Stopper bei der Gewährung neuer Kredite in den kommenden Monaten besondere *Zurückhaltung* üben müssen, damit sie die vereinbarte Kreditzuwachsrate einhalten können. Ganz allgemein, so glaubt Stopper, werden sich die Banken durch den im Vergleich zum Vorjahr stark verlangsamten Zugang an mittel- und längerfristigen Kundengeldern zur Bremsung ihrer Kreditgewährung gezwungen sehen. Die Konjunkturnormalisierung liegt also auch in unserem Lande praktisch völlig auf den Schultern der Banken – kein Wunder, dass sie sich in dieser Rolle nicht sehr wohl fühlen.

Seilziehen um die deutsche Konjunkturpolitik

Auch die Bundesrepublik hat Sorgen mit ihrer Konjunktur, vor allem aber auch mit ihrer *Konjunkturpolitik*. Und auch in der Bundesrepublik stand die Konjunkturpolitik, die Wirtschaftspolitik ganz allgemein,

mitte im politischen Spannungsfeld, das seine besondere Note durch die Wahlen in Nordrhein-Westfalen erhielt. Es ist zudem bekannt, dass Wirtschaftsminister Schiller im Kabinett einige Schwierigkeiten hat und dass die Konjunkturpolitik der Bundesregierung keineswegs in allen Teilen der Auffassung des Wirtschaftsministers entspricht. Daraus sucht die Opposition natürlich Nutzen zu ziehen, so dass die Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik mehr und mehr in die reissenden Wasser der Binnenpolitik geraten ist. Dass der Präsident der deutschen Notenbank, SPD-Mitglied *Klasen*, kürzlich von einer drohenden zweiten Preiswelle sprach, angesichts der die Bundesbank die Last der Stabilität nicht mehr länger allein tragen könne, ist selbstverständlich Wasser auf die Mühlen der CDU/CSU. Der CDU-Wirtschaftspolitiker Stoltenberg präzisierte kürzlich die Programmpunkte der Opposition:

1. Erhöhung der Konjunkturausgleichsrücklage von Bund und Ländern auf 5 Mia. DM;
2. Stilllegung von Sozialversicherungsgeldern bei der Bundesbank;
3. Bereitschaft der Opposition, die Bundesregierung bei weiteren Stabilitätsmassnahmen zu unterstützen.

Das sind natürlich ebenfalls nicht sehr weittragende Vorschläge, und sie beleuchten damit auch von der Seite der Opposition das Dilemma, in das die deutsche Konjunkturpolitik geraten ist. In dieser Situation hat die Bundesbank der Politik einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben. Der Zentralbankenrat der Deutschen Bundesbank hat sich nämlich geeinigt, am 1. Juli eine *Mindestreserveerhöhung* zu beschliessen, deren Ausmass er davon abhängig machen will, was die Bundesregierung in der Zwischenzeit in der Stabilitätspolitik unternehmen wird. Es ist also damit zu rechnen, dass die Bundesregierung in den kommenden Wochen wieder zu einer etwas aktiveren Konjunkturpolitik übergehen wird.

Schwierigkeiten auch in den USA

Die Inflation schreitet in den USA munter weiter, obwohl sich die Regierung schon seit einiger Zeit mit zum Teil recht zugriffigen Mitteln um eine Stabilisierung des Lebenskostenindexes bemüht. Deshalb wurde die auf den 16. Juni angekündigte *Rede Nixons* zur Wirtschaftslage der USA mit besonderem Interesse aufgenommen. Die von ihm angekündigten Modifikationen des Stabilisierungsprogramms sind aber relativ *bescheiden* geblieben; Nixon verzichtete ausdrücklich auf jede direkte Kontrolle oder auf die Formulierung quantitativer Richtlinien und hob den *freiwilligen Charakter* seiner Initiative hervor. Erstens wird eine «National Commission for Productivity» ins Leben gerufen, die sich, zusammen mit der öffentlichen Hand, aus Vertretern der verschiedensten Wirtschaftszweige zusammensetzen wird; es wird ihre Aufgabe sein, Mittel und Wege zur Steigerung des Produktivitätsfortschrittes zu finden.

Sodann soll ein «Council of Economic Advisers» einen sogenannten *Inflationalarm* ins Leben rufen. Er soll offenbar die wirtschaftliche Entwicklung analytisch verfolgen und an die Regierung in periodischen Abständen Bericht erstatten. Und schliesslich ernannte Nixon eine Aufskommission mit der Aufgabe, alle Entscheidungen der Regierung auf ihr Inflationspotential, auf ihre inflationäre Wirkung hin zu prüfen und, wenn notwendig, Vorschläge zu deren Neutralisierung zu unterbreiten.

Neben diesen drei institutionellen Massnahmen erwähnte der Präsident verschiedene *Gesetzesentwürfe* der Regierung, die die Konjunkturpolitik betreffen und bisher vom Kongress nicht mit besonderer Eile behandelt wurden. Er ersuchte das Repräsentantenhaus und den Senat, dem Transportministerium die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um notfalls Massnahmen zugunsten finanziell bedrängter Eisenbahngesellschaften ergreifen zu können. Schliesslich beabsichtigt Nixon, mit staatlicher Unterstützung eine private Ver-

sicherungsgesellschaft zu gründen, welche das Anlagepublikum nach dem Muster der Federal Deposit Insurance Company vor finanziellen Verlusten im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten von Börsenmaklern schützen würde.

Die von Nixon in Aussicht gestellten Massnahmen haben keinen Durchbruch zu neuen wirtschaftspolitischen Ufern gebracht, obwohl die Besorgnis der Öffentlichkeit über den Preisverlauf sehr gross geworden ist. Die Rede Nixons hat deshalb sowohl im amerikanischen Publikum wie in der Wirtschaft eine *geteilte Aufnahme* gefunden. Die Kritiker weisen insbesondere darauf hin, dass mit den nun in Aussicht gestellten Massnahmen kein rascher Trendumschwung in der Preisentwicklung erreicht werden könne. Da die Inflation in den USA in erster Linie kostenbedingt ist, haben manche Beobachter der amerikanischen Szenerie erwartet, dass nunmehr die Gewerkschaften unter ein Regime direkter Lohnkontrollen gestellt würden. Es gibt in den USA darüber hinaus durchaus ernstzunehmende Leute, die von der Notwendigkeit der Einführung einer eigentlichen Preiskontrolle sprechen. Nixon jedoch ist ein scharfer Gegner von solch direkten staatlichen Eingriffen. Trotzdem Nixon die Gewerkschaften offensichtlich geschont hat, sind die Gewerkschaftsführer selbst mit seinem Programm unzufrieden.

Die Sowjetunion im Wellental

Aus der westlichen Welt ist über wirtschaftliche Schwierigkeiten zu berichten; die Ostblockländer, allen voran die *Sowjetunion*, kämpfen gegen wirtschaftliche Mangelerscheinungen und Schwächen von erheblich komplexerem Ausmass, weil sie letztlich systembedingter Natur sind. Die «Wahlrede» Breschnews kündete, was nichts Neues ist, von einer ungenügenden wirtschaftlichen Effizienz, von einer zu tiefen Arbeitsproduktivität. Ende Mai wurde eine Sitzung des sowjetischen Ministerrates durchgeführt, an der, laut TASS, Breschnew teilnahm und vor den versam-

elten Regierungen der Union und der Republiken eine wichtige Rede hielt, die aber bisher nicht veröffentlicht wurde. Es ist jedoch ziemlich sicher, dass Breschnew seiner Unzufriedenheit über die Vorarbeiten zum neuen Fünfjahresplan (1971–1975) Ausdruck gab.

Das Auftreten des Parteichefs vor diesem Gremium muss als ausserordentlich bezeichnet werden, da er ja nicht zum engeren Zirkel der Regierung gehört. Und aus der TASS-Meldung ist zu entnehmen, dass die Minister «aufgemuntert» wurden, ergänzende Arbeiten zur Aufdeckung von Wachstumsreserven vorzunehmen. Breschnews neue Wirtschaftspolitik scheint auf «*Sparsamkeit*» getrimmt, was in einem planwirtschaftlich-kommunistischen Lande heisst, dass die Arbeit und der Konsum der Sowjetbürger schärferen Kontrollen unterstellt werden.

Es ist bekannt, dass die Arbeiten zum neuen Fünfjahresplan arg im *Rückstand* sind, was nicht nur die sowjetische Wirtschaftspolitik selbst beeinträchtigt, sondern auch andere Ostblockländer in Mitleidenschaft zieht, da auf dem Boden des Comecon eine partielle Abstimmung der nationalen Pläne der einzelnen Ostblockländer durchgeführt werden sollte. Der neue Plan dürfte, nach allem, was bisher bekannt geworden ist, zwei Schwerpunkte aufweisen, nämlich einmal den technologischen Rückstand gegenüber dem Westen wenn nicht aufzuholen, so doch nicht weiter anwachsen zu lassen. Sodann wird aller Voraussicht nach die Agrarwirtschaft gefördert werden. Es ist indessen kaum anzunehmen, dass der neue Plan gleichzeitig auch eine intensivierete Reformpolitik hervorbringen wird, obwohl die letzte Reform vom Herbst 1965 offensichtlich versandet ist. Interessant und aufschlussreich zugleich ist in der bisherigen sowjetischen Politik zu diesem Thema, dass der technologische Rückstand gegenüber dem Westen offen eingestanden wird. Damit unterscheidet sich die Politik Breschnews in einem wesentlichen Punkt gegenüber jener Chruschtschews.

Oeconomicus